

KOMPAKT

Nachrichten, Glosse, Leserecho

Land fördert Forschung im Revier mit 75 Millionen Euro

Düsseldorf. Mit 75 Millionen Euro fördert die Landesregierung den Aufbau von Forschungszentren im Ruhrgebiet. In den vier geplanten „Research Departments“ sollen die Universitäten Bochum, Dortmund und Duisburg-Essen ihre Kompetenzen in Zukunftsfeldern der Forschung zusammenführen. Die Förderung ist ein Projekt der Ruhr-Konferenz, die die Landesregierung zur Stärkung des Ruhrgebiets ins Leben gerufen hat. Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) sagte: „Vorbild kann hier die University of California sein, ohne deren geballte Energie es das Silicon Valley kaum gäbe. Forschung in der Region mit Resultaten von internationalem Rang – darum geht es.“ In den vier Departements soll Spitzenforschung in zukunftsweisenden Forschungsfeldern wie Datenwissenschaften, Arzneimittelforschung oder Entwicklung neuartiger Energiesysteme gebündelt werden. **CHO**

Maskenpflicht im Landtag verschärft

Düsseldorf. Angesichts der wieder steigenden Corona-Neuinfektionszahlen hat der Landtag die Maskenpflicht in den Gebäuden des Parlaments verschärft. Vom 1. April an bis zunächst 17. August müssen Personen im Landtag eine medizinische Mund-Nasen-Bedeckung oder FFP2-Maske tragen. Das beschloss der Parlamentarische Krisenstab Pandemie am Mittwoch. **dpa**

ZAHL DES TAGES

6 Millionen Euro erhält die Stadt Gelsenkirchen vom Bundesbauministerium für die Transformation des Kohlenbunkerensembles im Nordsternpark zu einem „Greentower“. Gelsenkirchen ist eine von vier NRW-Kommunen, die im Rahmen des Programms „Nationale Projekte des Städtebaus“ gefördert werden. So erhalten auch Aachen, Detmold und Nideggen (Kreis Düren) jeweils Millionenbeträge.

GLOSSE

Mindestens bis Ostern

Der Grund für die Maßlosigkeit heutiger Energieverschwendung wird kommenden Generationen ein schwer zu lösendes Rätsel bleiben. Mobile, die zwei Drittel des eingesetzten Treibstoffes in heiße Luft verwandeln statt in Vortrieb? Hausfassaden, die kunstvoll erzeugte Wärme widerstandlos in die Atmosphäre entließen? Leuchtkörper, die aus dem Wunderding Strom zu 90 Prozent Hitze statt Helligkeit gewannen?

Mit Letzterem ist ja in der EU Schluss, wo so etwas wie ein Glühlampenverbot gilt. Eine alternative

Leuchtdiode schafft mit einem Siebtel der elektrischen Energie so viel Licht an wie die nur nebenbei leuchtenden Kleinheizgeräte. Beim Licht aus der abendlichen Redaktion sieht man nur noch LED-Weihnachtsbeleuchtung. Doch wo einst ein paar Dutzend warm werdende Lichterkerzen einsam an der Kette baumelten, blinken jetzt Dioden-Glühwürmchen zu Abertausenden kalt den Spareffekt weg, und das bis Ostern, mindestens.

BRIEFE AN DIE REDAKTION

Task-Force nötig

Steigende Infektionszahlen: Wer öffnet und wer nicht. Mittlerweile ist die unterschiedliche Umsetzung der gefassten Grundsatzbeschlüsse der einzelnen Bundesländer unerträglich. [...] Der Federalismus hat ganz klare Vorteile; aber leider, wie die Vergangenheit schmerzhaft gezeigt hat, nicht in einer Pandemie. Deshalb gehören meiner Meinung nach Geschehnisse solcher Tragweite in die Hände einer vom Bund gesteuerten Task-Force (Katastrophenschutz). **Klaus Grewer, E-Mail**

Unverständlich

Polizei stoppt illegales Autorennen. Mir ist es schon seit Jahren völlig unverständlich, dass es für Motorradfahrer einen über Jahrzehnte bewährten Stufenführerschein mit Begrenzung der PS-Leistung gibt – es aber für junge Autofahrer erlaubt ist, sich Autos mit über 500 PS zu kaufen oder zu leihen und damit andere oder sich zu gefährden. Da wäre es doch mal an der Zeit, dass sich die Politik mit dem Thema, unter Ausgrenzung des Lobbyismus, beschäftigt. **Peter Plötz, E-Mail**

@ Bitte senden Sie Ihre Meinung mit Namen und Wohnort an: meinungsforum@waz.de (Wir behalten uns das Recht vor, Ihre Einsendungen zu kürzen. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht.)

„Vertuschung schwerster Straftaten“

Der Kölner Kardinal Woelki setzt im Missbrauchsskandal auf ein neues Gutachten. Die Vorwürfe sind gravierend. Kritiker fragen längst nach der Rolle des Rechtsstaats

Von Michael Kohlstaedt

Essen/Köln. Die schleppende Aufarbeitung des Missbrauchsskandals im Erzbistum Köln hat die katholische Kirche in ihre schwerste Krise seit Jahren gestürzt. Termine für Kirchenaustritte sind in Köln seit Wochen ausgebucht. Selbst Bischofs-Kollegen schütteln über den in der Dauerkritik stehenden Kölner Kardinal Rainer Maria Woelki nur noch den Kopf. Mit einem neuen Gutachten will Woelki nun in die Aufklärungsoffensive kommen. Kritiker bezweifeln, dass dies gelingt. Und längst steht die Frage im Raum: Wo bleibt im kirchlichen Missbrauchskomplex eigentlich der Rechtsstaat?

Worum geht es?

Das Erzbistum Köln steht vor einer Woche der Wahrheit. Am heutigen Donnerstag will Erzbischof Woelki ein von ihm in Auftrag gegebenes Gutachten zu den Missbrauchsfällen vorstellen. Das Papier des Strafrechters Björn Gercke werde Verantwortliche klar benennen, kündigte der Kardinal auf dem Kölner Portal „domradio.de“ an. Über mögliche personelle Konsequenzen will Woelki bis zum 23. März entscheiden. Dass er ein erstes Missbrauchsgutachten wegen angeblicher methodischer Mängel seit Monaten unter Verschluss hält, hatte dem 64-Jährigen zuvor den Vorwurf eingebracht, in der Kölner Diözese gehe Täterschutz vor Opferschutz.

Wie schwer wiegen die Missbrauchsvorwürfe?

Dem Vernehmen nach geht es im Gercke-Gutachten um rund 200 beschuldigte Priester und Laien und rund 300 Opfer, deutlich mehr als zuvor angenommen. Teilweise soll es sich dabei um schwerste Missbrauchsfälle handeln. Viele Fälle liegen Jahrzehnte zurück. Im Fadenkreuz stehen daher vor allem die Vertuschungsvorwürfe gegen Bistumsgrößen. Experten wie der renommierte Kirchenrechtler Thomas Schüller von der Universität Münster gehen von einer systematischen Vertuschung von Missbrauchsfällen speziell unter Woelkis Vorgängern, den Kardinalen Meisner und Höfer, aus. Beteiligt gewesen seien weitere hohe Kleriker. Einige von ihnen seien heute noch in Amt und Würden. „Wohlgeachtet: Wir reden hier von der Vertuschung schwerster Straftaten“, sag-



Im Abendlicht. Kritiker sagen, dass Köln zum „Sargnagel für das Ansehen der katholischen Kirche in Deutschland“ geworden sei. FOTO: BERG / PA/DPA

te Schüller dieser Redaktion. Von der heutigen Veröffentlichung verspricht sich der Kirchenrechtler, „dass Namen genannt werden.“ Ob es tatsächlich zu Rücktritten und Suspendierungen kommt, ist für den Münsteraner Professor fraglich. Strafrechtlich werde das ohnehin keine Rolle mehr spielen. Schüller: „Die Fälle sind verjährt.“

Welche Rolle spielt Woelki?

„Das Gutachten zurückzuhalten, ist keine Straftat“, sagt Thomas Schüller. Bisher habe Woelki nur gegen Kirchenrecht verstoßen, weil er einen Missbrauchsverdacht

gegen einen bestimmten Priester nicht fristgemäß nach Rom gemeldet habe. Schüller: „Das ist kirchenrechtlich eine Amtspflichtverletzung.“ Im Umgang mit den Vorwürfen habe Woelki aber ein „unvergleichliches Kommunikationsdesaster“ angerichtet. Köln sei zum „Sargnagel für das Ansehen der katholischen Kirche in Deutschland“ geworden.

Es geht um schwere Verbrechen – ermittelt die Staatsanwaltschaft?

Bisher nicht. Laut Auskunft des NRW-Justizministeriums haben alle nordrhein-westfälischen Bistümer –

Aachen, Köln, Münster, Essen und Paderborn – den zuständigen Staatsanwaltschaften seit 2018 im Zusammenhang mit Missbrauchsfällen Akten Einsicht gewährt. Im Kölner Fall hätten sich dabei keine strafrechtlich relevanten Ansätze ergeben. Die Fälle seien entweder verjährt oder die Täter schon tot. Das Ministerium wies zudem darauf hin, dass es in Deutschland keine allgemeine Pflicht zur Anzeige von Straftaten gibt. Dies gelte auch für die Kirchen. Eine Anzeigen-erstattung kann der Staat demnach nicht erzwingen. Kirchenrechtler Schüller hält eine Reform dieser Regel für überfällig. „Bei Verdacht auf eine Sexualstraftat muss es in Deutschland endlich eine generelle Anzeigenpflicht geben, die auch für institutionelle Einrichtungen gilt“, fordert er. In weiten Teilen der Welt sei das längst Rechtsstandard.

Ist die Kirche eine Art Staat im Staat?

„Das Strafrechtsmonopol des Staates gilt selbstverständlich auch für die Kirchen“, betont Thomas Schüller. Allerdings habe der Staat die beiden großen Kirchen im Umgang mit Missbrauchsfällen jahrelang mit Samthandschuhen angefasst. So habe sich der Eindruck verfestigt, dass insbesondere die katholische Kirche im strafrechtlichen Sinne eine Art Staat im Staat sei. Noch bis Anfang des Jahrzehnts hinein hätten Staatsanwaltschaften selbst bei begründeten Verdachtsfällen nicht eingegriffen, sondern auf den innerkirchlichen Aufklärungswillen vertraut. Dieser Aufklärungswille hat sich 2010 präzisiert. Leitlinien der Deutschen Bischofskonferenz stellen seitdem klar: Missbrauchsfälle in der Kirche müssen den Strafverfolgungsbehörden umgehend angezeigt werden.

SPD fordert Aufklärung

■ Jochen Ott, Fraktionsvize der SPD im Düsseldorfer Landtag fordert Kardinal Woelki auf, im Kölner Missbrauchsskandal endlich „reinen Tisch“ zu machen.

„Die Menschen erwarten jetzt vollständige Transparenz und Aufklärung. Wenn das nicht gelingt, muss sich auch die Politik des Themas intensiv annehmen“, sagte Ott dieser Redaktion.

Maskenaffäre: NRW hat nie Provision gezahlt

Grüne und SPD im Landtag fordern mehr Transparenz und streben spürbare Konsequenzen an

Von Tobias Blasius und Matthias Korfmann

Düsseldorf. In Nordrhein-Westfalen hat es laut Gesundheitsministerium bei der Beschaffung von Corona-Schutzausrüstung keine vergleichbaren Fälle wie in der „Masken-Affäre“ rund um mehrere Bundestagsabgeordnete der Union gegeben. „Fälle wie im Bundestag müssen aufgeklärt werden. Für NRW habe ich keine Anhaltspunkte für ein ähnliches Geschehen“, sagte Staatssekretär Edmund Heller am Mittwochabend im Fachausschuss des Landtags.

Das Ministerium von NRW-Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) habe niemals Provisionen oder Vermittlungsgebühren für die Geschäftsanbahnung von Corona-Schutzausrüstung gezahlt.

„Über mögliche Zahlungen zwischen Unternehmen und Dritten haben wir keine Kenntnis“, schränkte Heller zugleich ein.

Staatssekretär Heller stellte klar, dass sich aber sehr wohl auch in NRW Parlamentarier in die Beschaffung von Materialien eingebracht hätten. „In der damaligen Situation waren wir für jedes Unterstützungsangebot, naturgemäß auch von Angeordneten, dankbar“, sagte er. Zwischenzeitlich hätten sich in der Beschaffungsstelle des Ministeriums 50 Mitarbeiter darum kümmern müssen, aus rund 7000 Anbietern am Ende 31 Firmen herauszufiltern, mit denen das Land Lieferverträge über Kittel, Masken und Beatmungsgeräte schließen konnte.



Edmund Heller F.: DPA

Staatssekretär Heller trat zugleich dem Eindruck entgegen, bei einer umstrittenen NRW-Bestellung von auffällig teuren Masken der Schweizer Firma Emix könnte es zu krummen Geschäften gekommen sein. „Angesichts der weltweit dramatisch gestiegenen Nachfrage und des knappen verfügbaren Angebots waren die Preise für Schutzmasken damals sehr deutlich gestiegen. Der mit der Firma Emix vereinbarte Preis war hoch, bewegte sich aber in einem für die damaligen Verhältnisse realistischen Rahmen“, sagte Heller.

Die Grünen-Landtagsfraktion fordert die Einführung eines „Lobbyregisters“, das beim Landtagspräsidenten hinterlegt werden soll. Dort würden die Aktivitäten von

Verbands- und Unternehmensvertretern registriert, die Einfluss auf die Gesetzgebung nehmen. Zudem will man mit der SPD das erst 2014 reformierte Abgeordnetengesetz so nachschärfen, dass Nebeneinkünfte von Landtagsabgeordneten auf Euro und Cent veröffentlicht werden.

Die SPD fordert als Lehre aus der Masken-Affäre eine Gesetzesreform in NRW. „Gegen diese Dringlichkeit helfen keine freiwilligen Selbstverpflichtungen für Abgeordnete oder Abfragen in Fraktionen“, sagte Landtagsfraktionschef Thomas Kutschkat. Die Sozialdemokraten streben mit ihrem „Gesetzentwurf zur Bekämpfung der parlamentarischen Korruption“ unter anderem ein striktes Verbot der bezahlten Lobbytätigkeit von Abgeordneten an.

WESTDEUTSCHE ALLGEMEINE

Gründungsheftausgabe: Erich Brost und Jakob Funke

Chefredakteur: Andreas Iyock. **Stellvertreter:** Dr. Anne Krum, Dr. Alexander Marinos. **Desk/Politik:** Lutz Heucken (Leitender Redakteur), Torsten Droop (Stellv. Desk). **Chef vom Dienst Lokales:** Heinz-Dieter Schäfer. **Wirtschaft:** Stefan Schulte. **Rhein-Ruhr:** Frank Preuß. **Sport:** Peter Müller. **Kultur:** Jens Dirksen. **Wochenende:** Marc Oliver Hänig. **Düsseldorf:** Dr. Tobias Blasius, Matthias Korfmann. **Redaktion/Reporter:** Andreas Böhme, Annika Fischer, Thomas Mader, Ute Schwarzwald, Hubert Wolf (Rhein-Ruhr), Michael Kohlstaedt, Stephanie Weltmann (Politik), Christopher Ortelbach (Politik/Wissenschaft), Frank Meßing, Ulf Meisner (Kultur), Lars Ludwig von der Glinde, Britta Heidemann (Kultur), Georg Howahl, Marc Podgornik, Marek Schlurmann (Wochenende). **Produktion:** FUNKE Redaktions Services. **Offizieller Hauptpartner (Lg.):** Carsten Oberste-Kleinbeck (Chef vom Dienst). **Technik:** Andreas Mangen. **Mediacampus WAZ:** Ralf Meinen, Dr. Sabine Schouten, Paul-Ines-Verl. 42/43, 1999 Berlin. **Überregionale Inhalte:** sowie Märkte- und Serviceteams entstehen in Zusammenarbeit mit der FUNKE Zentralredaktion. **Berlin:** Jörg Quos (Chefredakteur), Jochen Gaegele (Stellv.). **Online:** Carsten Erdmann (Chefredakteur), Laura Himmelfreih (Stellv.). **Anschrift der Redaktion:** Jakob-Funke-Platz 1, 45127 Essen; Internet: waz.de; E-Mail: zentralredaktion@waz.de

Verantwortlich für Anzeigen und Verlagsschaltungen: Dennis Prien, Anschrift wie Anzeigen. **Anzeigenpreisliste Nr. 46, FUNKE MEDIENGRUPPE (WAZ + NRZ + WZ + WP):** Erfüllungsort und Gerichtsstand für das Mahnverfahren ist Essen. Anzeigen und Beilagen politischen Ausschließungsinhalten stellen allen die Meinung der dort erkennbaren Auftraggeber dar.

Freitag: mit Prima, TV-Magazin zur Tageszeitung. **Anzeigen:** FUNKE Services GmbH, Jakob-Funke-Platz 1, 45127 Essen; E-Mail: vermarktung@funkemedien.de. **Vertrieb:** FUNKE Medien NRW GmbH, Jakob-Funke-Platz 1, 45127 Essen. **Vertrieb/Leserservice:** Tel. 0860 6609710, Fax 0860 6609750* (kostenlos Serviceleistungen). E-Mail: leserservice@waz.de.

Ein Titel der FUNKE MEDIENGRUPPE. **Verlag:** FUNKE Medien NRW GmbH, Jakob-Funke-Platz 1, 45127 Essen, Telefon 0201 82040, Fax 0201 804-2841. **Briefadresse:** 45127 Essen. **Geschäftsführer:** Thomas Klob, Christoph Rühl, Andreas Schoo, Michael Willer. **Druck:** FUNKE NRW Druckzentrum GmbH, Hohensbergweg 67, 58089 Hagen.

Für die Herstellung der WAZ wird Recycling-Papier verwendet.